Wieviel "Multikulturalität" verträgt die Linke?

Autor(en): **Weber, Catherine**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **72 (1994)**

Heft 1

PDF erstellt am: **03.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-341076

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Wieviel „Multikulturalität" verträgt die Linke?

Soviel ist klar: Wir sind längst eine „multikulturelle" Gesellschaft.Unseren Multikulti-Alltag lassen wir uns nicht mehr nehmen: Spaghetti, Kebab, Pizza, Sushi, Falaffel und Curry, französischer Weichkäse, spanischer, italienischer, marokkanischer und neu auch tschechischer Wein – gar nicht so schlecht und erst noch billiger. Wir lesen nebst Bichsel auch Andersch, Machfus und Cortázar, hören Musik aus der

Catherine Weber

ganzen Welt, nur um Tells willen keinen Ländler und kein Alphorn. „Ich bin kein Rassist, sondern Schweizer", sagte der Bademeister vom Hallenbad Bauma zur Verteidigung seiner Anordnung, Asylsuchende nur noch am Donnerstagnachmittag einzulassen. Und wie steht's mit uns Linken? Wir wollen zwar alle keine RassistInnen sein, haben aber doch nicht immer den Mut, offen und bedingungslos das einzufordern, was eigentlich dringend notwendig wäre. Dabei sollten wir uns bewusst sein, dass der Begriff der „Multikulturalität" längst von rechts besetzt ist. Er ist behaftet mit Assoziationen wie „Quotenregelung", „Überfremdung", „islamische Gefahr", „Ausländerkriminalität", diffusen Bedrohungsbildern eben. Dass der Bundesrat das Drei-Kreise-Modell ohne nennenswerten Widerstand durchsetzen konnte, kann nur als Kapitulation der Linken gewertet werden. Und die Erbauer der Festung Europa – die Schweiz ist da vorne mit dabei – scheuen keine Mittel, der „Multikulturalität" engste Grenzen zu setzen, bei jeder Gelegenheit die „Bedrohung der inneren Sicherheit" durch zuviel AusländerInnen zu postulieren, Europa vom Rest der Welt abzuschotten. Der Historiker Jakob Tanner hat es auf den Punkt gebracht, wenn er feststellt, soziale Diskriminierung sei „nicht eine Folge sondern eine Voraussetzung für rassistische Ressentiments". Wieweit wir dies aber ernst nehmen und ob wir es wirklich besser wissen als die Nationalisten in unserem Land, können wir in nächster Zeit beweisen. Dann nämlich, wenn es um die Abstimmung zur Unterzeichnung der UNO-Antirassismus-Konvention geht (die Ultrarechte ergriff das Referendum dagegen) und in der Debatte um die „Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht" (sammeln **wir** 50'000 Unterschriften dagegen?). Und überhaupt: Anstatt noch lange am Begriff der „Multikulturalität" herumzubasteln, über ein Migrationsgesetz zu sinnieren, ist es höchste Zeit, offen und solidarisch dazu zu stehen, dass wir uns eine Völkerwanderung ganz einfach leisten wollen und müssen, denn sie findet auch ohne unsere Zustimmung statt. Es gilt ohne Wenn und Aber den Grundsatz zu verteidigen: Wer hier lebt und arbeitet, hat Anspruch auf dieselben politischen Rechte und Pflichten wie wir – unabhängig von kultureller, religiöser, ethnischer und nationaler Zugehörigkeit.

Catherine Weber, 38, ist Sekretärin des Komitees „Schluss mit dem Schnüffelstaat" und engagiert in asylpolitischen Fragen.